Eitorf, den 30.11.2009

Amt 10 - Haupt- und Personalamt

Sachbearbeiter/-in: Klaus Wahl

Bürgermeister

i.V. _____
Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Rat der Gemeinde Eitorf

14.12.2009

Tagesordnungspunkt:

1. Änderung der Hauptsatzung vom 08.03.2008

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung der Hauptsatzung vom 08.03.2008.

Begründung:

In einigen wenigen Punkten bedarf die Hauptsatzung der Gemeinde Eitorf einer Anpassung. Beigefügt sind in der Anlage

1. die komplette Hauptsatzung mit in Fettdruck und Rahmen markierten Änderungen.
2. die konkret zu beschließende Änderungssatzung

Zu den Gründen im einzelnen:

§ 9 – Ausschüsse

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung. Prinzipiell hat der Rat die Vertretungsregelungen zu beschließen. Von daher sollte der Passus herausgenommen werden und statt dessen ein Hinweis darauf erfolgen, dass der Rat die Vertretungsregelungen jeweils zu Beginn der Wahlperiode beschließt.

§ 10 – Integrationsrat

Der Rat hat bekundet, dass er von sich aus nicht die Bildung eines Integrationsrates festschreibt, es sei denn, dass die nach § 27 GO vorliegenden Voraussetzungen (Beantragung mit dem entsprechenden Unterschriftenquorum) vorliegen. Aber auch für diesen hypothetischen Fall muss vor allem klar sein, wie groß ein Integrationsrat ist. Die Größe ist vom Rat zu beschließen und ist auch – so die einschlägigen Kommentare – in der Hauptsatzung festzulegen. Bereits in der Ratssitzung am 23.11.2009

hat der Rat die Größe beschlossen – verbunden mit der Maßgabe, die Hauptsatzung entsprechend anzupassen. Außerdem ist eine Änderung schon deshalb erforderlich, da die alten Vorschriften über den nun nicht mehr vorgesehenen Ausländerbeirat ihre Gültigkeit verloren haben.

§ 12 Abs. 6 – Auslagenersatz für die Fraktionen

Auszug aus § 56 GO:

*3) Die Gemeinde gewährt den Fraktionen und Gruppen aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung. Die Zuwendungen an die Fraktionen und Gruppen sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan darzustellen. Über die Verwendung der Zuwendungen ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen, der unmittelbar dem Bürgermeister zuzuleiten ist. Eine Gruppe erhält mindestens eine proportionale Ausstattung, die zwei Dritteln der Zuwendungen entspricht, die die kleinste Fraktion nach Absatz 1 Satz 2 erhält oder erhalten würde. **Einem Ratsmitglied, das keiner Fraktion oder Gruppe angehört, stellt die Gemeinde in angemessenem Umfang Sachmittel und Kommunikationsmittel zum Zwecke seiner Vorbereitung auf die Ratssitzung zur Verfügung. Der Rat kann stattdessen beschließen, dass ein Ratsmitglied aus Haushaltsmitteln finanzielle Zuwendungen erhält, die die Hälfte des Betrages nicht übersteigen dürfen, die eine Gruppe mit zwei Mitgliedern erhalte.** In diesem Fall ist nach den Sätzen 2 und 3 zu verfahren.*

Die in der bestehenden Fassung der Hauptsatzung beschlossene Regelung hinsichtlich der Sachmittel für Ratsmitglieder, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören, gestaltet sich in der praktischen Anwendung als schwierig. Verwaltungsinterne Überlegungen haben daher zu der Erkenntnis geführt, dem Rat die Änderung dieses Passus vorzuschlagen und ein hiervon betroffenes Ratsmitglied keine Sachmittel sondern finanzielle Zuwendungen erhält. Unter Berücksichtigung der im Gesetzestext dargelegten Einschränkung (darf die Hälfte des Betrages nicht übersteigen, die eine Gruppe mit zwei Mitgliedern erhalte) würde somit an das Ratsmitglied ein monatlicher Betrag von 72,00 Euro gezahlt (Gruppe mit zwei Personen: 144,00 Euro).

Insbesondere im Hinblick auf die wahrscheinlich anstehende Wahl des Integrationsrates – aber auch zur Klarstellung in Bezug auf die Fraktionsentschädigung sollte der Rat die Änderungssatzung kurzfristig beschließen. Vor allem aufgrund der engen Termsituation zu Jahresbeginn wurde daher – auf die ansonsten in Ortsrechtsangelegenheiten übliche – Vorschaltung des vorberatenden Hauptausschusses verzichtet.

Die Änderung der Hauptsatzung erfordert eine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder.